

# Elternurlaub für Tels Kinder?

---

*Eine kurze deskriptive Analyse der Befragung POINT DE SUISSE 2015*

*Cédric Duchêne-Lacroix, Ueli Mäder & Peter Streckeisen*

Die Bezeichnung dieser Volksbefragung weckt Erinnerungen an den kontroversen Satz, mit dem sich die Schweiz 1992 an der Weltausstellung von Sevilla präsentierte: »La Suisse n'existe pas.« Können wir auf der Grundlage der vorliegenden Umfrageergebnisse heute endlich die Frage beantworten, ob es die Schweiz nun wirklich gibt oder nicht? Zeigen die Antworten, dass die Schweizerinnen und Schweizer mehr gemeinsam haben als nur dieselbe Staatsbürgerschaft? Oder ergibt sich vielmehr das Bild einer Bevölkerung, die sich je nach Wohnort, Geschlecht, Sprache, Bildung, Einkommen oder Alter so stark unterscheidet, dass eine Einheit gar nicht erst zustande kommt?

## **La Suisse n'existe pas?**

Die Antwort auf diese Fragen lautet: Jein. Mit demselben Problem war Luc Boltanski konfrontiert, als er vor einem halben Jahrhundert die Ergebnisse der Umfrage »Un jour en Suisse«<sup>1</sup> auswertete, die im Hinblick auf die Landesausstellung von 1964 realisiert worden war. Der junge französische Soziologe, heute auf internationaler Ebene einer der bekanntesten seiner Zunft, kam zum Schluss, es könne nicht darum gehen, dass er – erst noch als Ausländer – den Schweizerinnen und Schweizern die Wahrheit über sie selbst sage. Vielmehr liege seine Aufgabe darin darzustellen, welches Idealbild die Angehörigen dieser Nation von sich selbst hätten und wie sie sich zu diesem Idealbild verhielten. In Bezug auf diese Haltung zum ›Schweizer-Sein‹ stellte Boltanski deutliche Unterschiede zwischen den Bauern, den Arbeitern und den Angestellten fest: Er zeichnete das Bild einer Schweiz, welche stärker durch Klassenunterschiede geprägt war als durch Differenzen zwischen den Sprachregionen.

Wenn wir heute die Ergebnisse von Point de Suisse 2015 analysieren, wollen wir die Überlegungen von Luc Boltanski<sup>2</sup> wieder aufgreifen. Was wir in den Daten wiederfinden können, sind Hinweise auf sehr breit geteilte Vorstellungen davon, was die Schweiz auszeichnet und was es bedeutet, Schweizer oder Schweizerin zu sein. Auf der anderen Seite lassen sich Differenzierungen und Bruchlinien zeichnen, die bei einigen der gestellten Fragen besonders gut sichtbar werden. Diese Umfrage und unsere Analyse bilden allerdings nicht einfach ›die Realität‹ ab, sondern tragen selbst zur Konstruktion und Verbreitung solcher Vorstellungen von Einheit und Differenz bei. Für uns als Soziologen ist die Zusammenarbeit mit Künstlern in diesem Projekt ein Anlass, selbstkritisch über die eigene Rolle nachzudenken. Nur allzu oft geht vergessen, dass auch sozialwissenschaftliche Studien Konstrukte von Menschenhand sind. Sie werden nach anderen Regeln hergestellt als Kunstwerke, können aber, wenn sie allzu gut gelungen sind, genauso den Eindruck erwecken, das dargestellte Bild sei die Realität selbst, von der es handelt. Wie repräsentativ die Zahlen auch sein mögen: Deren

---

1 "Exposition nationale suisse de 1964." *Wikipédia, l'encyclopédie libre*. 30 juil 2015, 14:48 UTC. 31 août 2015, 08:28

<[http://fr.wikipedia.org/w/index.php?title=Exposition\\_nationale\\_suisse\\_de\\_1964&oldid=117321233](http://fr.wikipedia.org/w/index.php?title=Exposition_nationale_suisse_de_1964&oldid=117321233)>

2 Boltanski, Luc. *Le Bonheur suisse*. Paris: Editions de Minuit, 1966.

Bedeutung ist von der Kunst des Interpretierens abhängig, und in diesem Feld gibt es nie nur eine einzige Wahrheit.

### **Die Schweiz in den Köpfen**

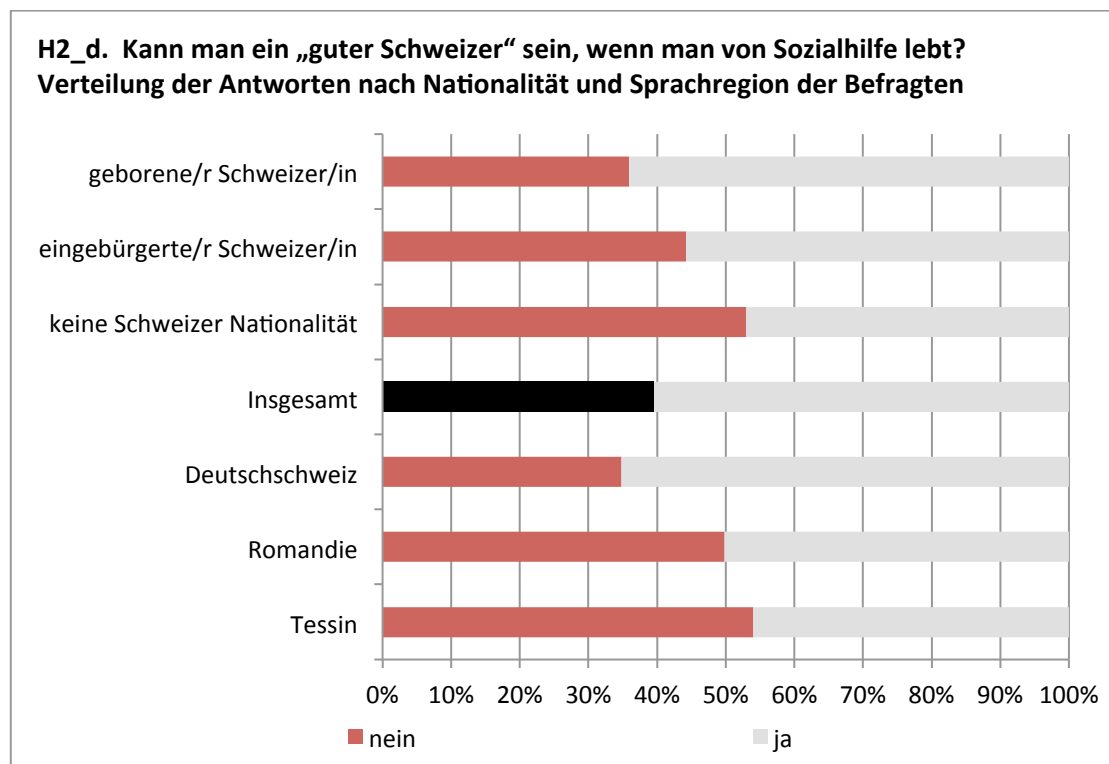
Schauen wir uns diese Einheit der Vorstellungen – anders gesagt: die vorgestellte Einheit der Schweiz – etwas genauer an. Allein die Selbstverständlichkeit, mit der die Frage gestellt und beantwortet wird, was es heisst, ein guter Schweizer oder eine gute Schweizerin zu sein (H2), verweist auf diesen Horizont geteilter Vorstellungen. Wenn 77.9 Prozent der Befragten bejahen, es sei möglich, ein guter Schweizer sein, auch wenn man nicht gerne wandere, bedeutet dies keineswegs, dass für diese Befragten das Wandern nicht zum Schweizersein dazugehört. Aber es deutet darauf hin, dass es für sich allein genommen in den Augen der meisten Befragten kein zwingendes oder ausschliessendes Kriterium ist. Dasselbe gilt, wenn jemand erst um 9 Uhr aufsteht (71.9%), im Ausland einkauft (70.4%) oder nicht zurückhaltend ist (68.3%). Selbst den Bezug von Sozialhilfe lässt eine deutliche Mehrheit (60.5%) durchgehen, einen Gefängnisaufenthalt auf Grund kleinerer Delikte eine ganz knappe Mehrheit (51.9%). Wer hingegen niemals abstimmen geht, kann für 62.6 Prozent der Befragten kein guter Schweizer sein. Und wer keine Landessprache spricht, fällt sogar bei 81.4 Prozent in Ungnade. Politische Partizipation und Sprachkenntnisse werden demnach zum Kern des Schweizerseins gezählt, während das Wandern oder das frühzeitige Aufstehen helvetische Tugenden sind, bei denen auch mal ein Auge zugedrückt werden kann. Wie die Point de Suisse Umfrage von 2014 gezeigt hat, reicht im Übrigen die Beherrschung einer einzigen Landessprache aus, um als guter Schweizer gelten zu können (2014: H2, 80.4% Zustimmung). Und ein Blick auf die im internationalen Vergleich oft tiefe Stimm- und Wahlbeteiligung erinnert uns daran, dass zwischen dem ›harten Kriterium‹ der politischen Teilnahme und der tatsächlichen Praxis grosser Teile der Bevölkerung eine deutliche Kluft erkennbar ist.

Gefragt nach wichtigen Ereignissen und Figuren für das Selbstverständnis der Schweiz (H3) nennen jeweils etwa vier Fünftel der Befragten neben Wilhelm Tell (79.3%) und dem Rütlichschwur (81.3%) das erst 1971 eingeführte Frauenstimmrecht (79.9%), während das Reduit im Zweiten Weltkrieg nur noch bei einer Minderheit Beachtung findet (36.7%). Den grössten Zuspruch erhält allerdings die Gründung des Bundesstaats im Jahr 1848 (87.9%), während die Heidi-Figur (62.3%), die EWR-Abstimmung von 1992 (53.9%) sowie die Masseneinwanderungsinitiative (50.2%) nicht in der Spitzengruppe zu finden sind. Etwas weniger stark als beim nationalen Selbstverständnis ist der Konsens bei der Frage nach dem Nationalgericht (H1): Die höchste Zustimmung finden Fondue (67.5%), Rösti (66.2%) und Raclette (57.6%), während Züri-Geschnetzeltes (39.5%), Birchermüesli (23.3%), Bratwurst (11.6%) und Polenta (3.3%) nicht mehrheitsfähig sind und Pizza (0.3%) oder Döner (0.5%) offenbar überhaupt nicht in die helvetische Küche aufgenommen werden, obwohl zweifellos sehr viele waschechte Schweizerinnen und Schweizer diese Gerichte regelmässig mit Genuss verzehren.

### **Strenge und tolerante Schweizer**

Es überrascht uns nicht, dass in der Deutschschweiz Birchermüesli überdurchschnittlich oft genannt wird, in der Romandie Fondue und im Tessin Polenta. Aber wie kommt es dazu, dass die Französisch- und Italienischsprachigen bei der Frage nach dem guten Schweizer (H2) deutlich strenger antworten als die Deutschsprachigen? Wer von Sozialhilfe lebt, kann in der Deutschschweiz für 65.1 Prozent der Befragten ein guter Schweizer sein, in der Romandie aber nur für 50.2 Prozent und im Tessin sogar nur für 46 Prozent. Wer nicht zurückhaltend ist, kann für drei Viertel der Deutschsprachigen, aber nur

für die Hälfte der Französisch- und Italienischsprachigen ein guter Schweizer sein. Wer niemals abstimmen geht, stösst bei 80 Prozent der Italienisch- und 68.3 Prozent der Französischsprachigen, aber nur bei 59.3 Prozent der Deutschsprachigen auf Ablehnung. Beim Kriterium der Landessprache sind auch die Deutschschweizer so streng wie der Durchschnitt. Ansonsten macht es den Anschein, als müssten die Angehörigen der sprachlichen Minderheiten durch besonders strenge Antworten zu beweisen versuchen, sie selbst seien richtige, oder eben »gute« Schweizerinnen und Schweizer. In dieses Bild passt die Beobachtung, dass bei der Frage nach dem guten Schweizer (H2) Eingebürgerte und Ausländer ebenfalls strenger antworten als die geborenen Schweizerinnen und Schweizer. Wer zum Beispiel von Sozialhilfe lebt, kann für 64.1 Prozent der Eingeborenen, aber nur für 55.8 Prozent der Eingebürgerten und 47 Prozent der Ausländer ein guter Schweizer sein.



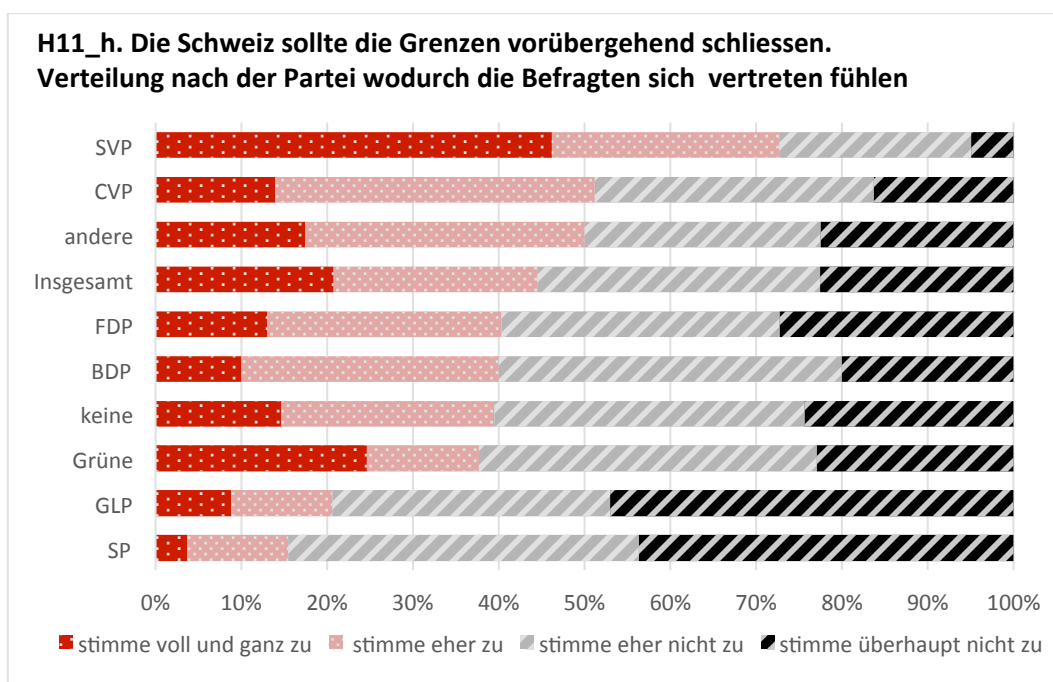
Beim Kriterium der Landessprache machen jedoch Eingeborene, Eingebürgerte und Zugewanderte ebenso wenig einen Unterschied wie Deutschschweizer, Romands und Tessiner. Ein Blick auf die Antworten zum nationalen Selbstverständnis zeigt schliesslich auf, dass die Ausländer mit Rütlichschwur, Wilhelm Tell und Schweizer Bundesstaat beinahe ebenso vertraut sind wie die Eidgenossen (H3).

### Politische Polarisierungen: Migration und Europa

Die Befragung wurde wenige Monate vor den Nationalratswahlen 2015 durchgeführt. Die SVP ist jene Partei, von der sich am meisten Personen vertreten fühlen (D8: Sie liegt mit 22.3 Prozent der Befragten weit vor der SP (11.0%), der FDP (7.6%), den Grünen (6.0%) und der CVP (4.4%). Nach Parteizugehörigkeit betrachten sich die Antworten am stärksten bei den Themen Migration (H7) und Europa (H6), während sozial- oder umweltpolitische (H14) Fragen einer schwächeren parteipolitischen Polarisierung unterliegen. Die Daten spiegeln in dieser Hinsicht die seit Jahren anhaltende Dauerthematization von migrations- und europapolitischen Fragen unter der

Federführung der SVP. Wenn der EU-Beitritt (H6) nur noch die Zustimmung von 14.2 Prozent der Befragten findet, so sind doch die Unterschiede nach Parteizugehörigkeitsgefühl sehr gross: 30 Prozent derjenigen, die sich durch die SP vertreten fühlen, sind dafür, aber nur 2.7 Prozent derjenigen, die der SVP nahestehen. Auffallend ist bei dem Thema im Übrigen, dass sowohl die Befürworter als auch die Gegner des EU-Beitritts mehrheitlich wirtschaftlichen Argumenten zustimmen. Weitere Antwortoptionen mit Argumenten gegen den Beitritt haben viel Zustimmung erhalten: die EU unterwandere die Eigenschaften der Schweiz (38.6%), zerfalle bald (34.3%), sei undemokratisch (26.6%) oder unsozial (15.1%).

Doch während die Opposition gegen einen EU-Beitritt heute in allen Bevölkerungsgruppen weit verbreitet, sind Themen wie Migration (H7) und Flüchtlinge (H11) Felder, auf denen die politische Polarisierung aktuell deutlich spürbar ist, wie ein Blick auf die Wahlkampfthemen im Herbst 2015 zeigt. Es gibt zwar auch in diesem Feld einige konsensfähige Ansichten – etwa die Aussage, die Schweiz sei seit langem ein Einwanderungsland (H7\_h): 86.2 Prozent der Befragten stimmen zu, auch 85.1 Prozent derjenigen, die sich durch die SVP vertreten fühlen. Doch während im SVP-Lager immerhin ein gutes Viertel der Befragten der Aussage voll und ganz zustimmt, ohne Migration wäre die Schweizer Fussballnationalmannschaft chancenlos (H7\_f), sind nur 7.2 Prozent bereit vorbehaltlos zu anerkennen, dass Einwanderer zum Wohlstand der Schweiz beitragen (SP: 47.3%, Grüne 36.7%, FDP 20.8%, CVP 13.6%). In der Flüchtlingspolitik findet die Aussage, die Schweiz solle vor allem vor Ort helfen, über die Parteigrenzen hinweg breite Zustimmung. Hingegen stimmen 54.3 Prozent der Personen, die sich durch die SVP vertreten fühlen, der Aussage voll und ganz zu, dass zu viele Flüchtlinge das Wohlstandsniveau der Schweiz senken (H7\_d), während im SP-Lager nur 11.8 Prozent bereit sind, vorbehaltlos zuzustimmen (FDP 23.4%, Grüne 23.0%, CVP 20.9%). Noch stärker ist die Polarisierung bei der Fragen nach einer vorübergehenden Schliessung der Landesgrenzen (H11\_h): 46.2 Prozent vorbehaltlose Zustimmung bei der SVP, aber nur 3.6 Prozent bei der SP (Grüne 24.6%, CVP 14%, FDP 13%).



Die starke parteipolitische Polarisierung bei migrations- und europapolitischen Fragen beruht nicht unbedingt auf gegensätzlichen Vorstellungen zum schweizerischen Selbstverständnis oder zur Frage,

was einen guten Schweizer ausmacht. Je nach Parteizugehörigkeitsgefühl antworten die Befragten durchaus unterschiedlich auf diese Fragen, aber die Differenzen sind nicht sehr gross. So gehört zum Beispiel der Rütlichschwur (H3) auch für 75.7 Prozent derjenigen, die sich durch die SP vertreten fühlen, zum nationalen Selbstverständnis (SVP: 89.2%), und 80.3 Prozent derjenigen, die der SVP nahestehen, nehmen das Frauenstimmrecht in diese Kategorie auf (SP: 86.4%).

Bei der Frage, ob jemand, der von Sozialhilfe lebt (H2\_d), ein guter Schweizer sein kann, ist die Differenz grösser (SVP: 51.8% Ja, SP 72.7% Ja), aber bei weitem nicht so stark wie bei migrations- und europapolitischen Fragen. Unterschiedliches Antwortverhalten lässt sich bei diesen Themen selbstverständlich auch im Zusammenhang mit sozialstrukturellen Variablen beobachten: Für die Schliessung der Grenzen (H11\_h) sprechen sich zum Beispiele eher die 26-35jährigen (29.7%) als die 66-75jährigen aus (15.7%), sowie eher Personen ohne Hochschulabschluss oder mit Einkommen unter 10'000 Franken. Der EU-Beitritt stösst in den tiefsten Einkommensklassen auf weniger Ablehnung als bei den Topverdienenden und findet zugleich bei Personen mit mittleren Bildungstiteln (Sekundarstufe II) weniger Zustimmung als bei Menschen mit Hochschulabschluss. Sozialstrukturelle Unterschiede dieser Art vermögen aber das Ausmass der parteipolitischen Polarisierung der Themen Migration und Europa nicht ausreichend zu erklären.

### **Die Parteilosen**

Als grösste Partei stellen sich aber auch in dieser Umfrage die ›Parteilosen‹ heraus (D8): 39.1 Prozent der Befragten geben an, sich durch keine Partei vertreten zu fühlen. Es handelt sich dabei um eine grosse und heterogene Gruppe, die bei kaum einem der untersuchten Themen ein relativ geschlossenes und deshalb auffallendes Antwortverhalten zeigt. Selbst unter dieses ›Parteilosen‹ ist noch eine Mehrheit davon überzeugt, man könne kein guter Schweizer sein, wenn man nie abstimmen gehe (H2\_b) (54% vs. 62.6% aller Befragten). Bei den Fragen, bei denen dies angekreuzt werden konnte, hat die Gruppe durchs Band überdurchschnittliche ›kenne ich nicht‹-Werte: So geben immerhin 14.6 Prozent von ihnen (vs. 8.6% aller Befragten) an, Bundesrätin Simonetta Sommaruga nicht zu kennen (H13). Alles in allem lassen sich die Konturen dieser ›Parteilosen‹ weniger klar durch besondere Meinungen zu bestimmten Themen als durch sozialstrukturelle Merkmale kennzeichnen. Unter den Befragten mit tiefem Bildungsstand (49.3% der Personen ohne nachobligatorischen Bildungsabschluss) und bescheidenem Einkommen (46.8% der Personen in Haushalten mit höchstens 4'000 Franken) machen sie beinahe die Hälfte aus, ebenso unter den Hausfrauen (47%). Die Geschlechterdifferenz ist in der Hinsicht ohnehin nicht unbedeutend, geben doch 43 Prozent der Frauen, aber nur 35 Prozent der Männer an, sich durch keine Partei vertreten zu fühlen. Bei den Befragten mit Hochschulstudium, bei den Selbständigen sowie in den Haushalten mit 7'001-10'000 Franken Einkommen fällt der Anteil der Parteilosen unter ein Drittel, und in den Haushalten mit über 10'000 Franken sogar auf ein Viertel. Im schroffen Gegensatz dazu fühlen sich 72 Prozent der Arbeitslosen durch keine Partei vertreten.

### **Stadt-Land: Unterschiede eher als Gegensätze**

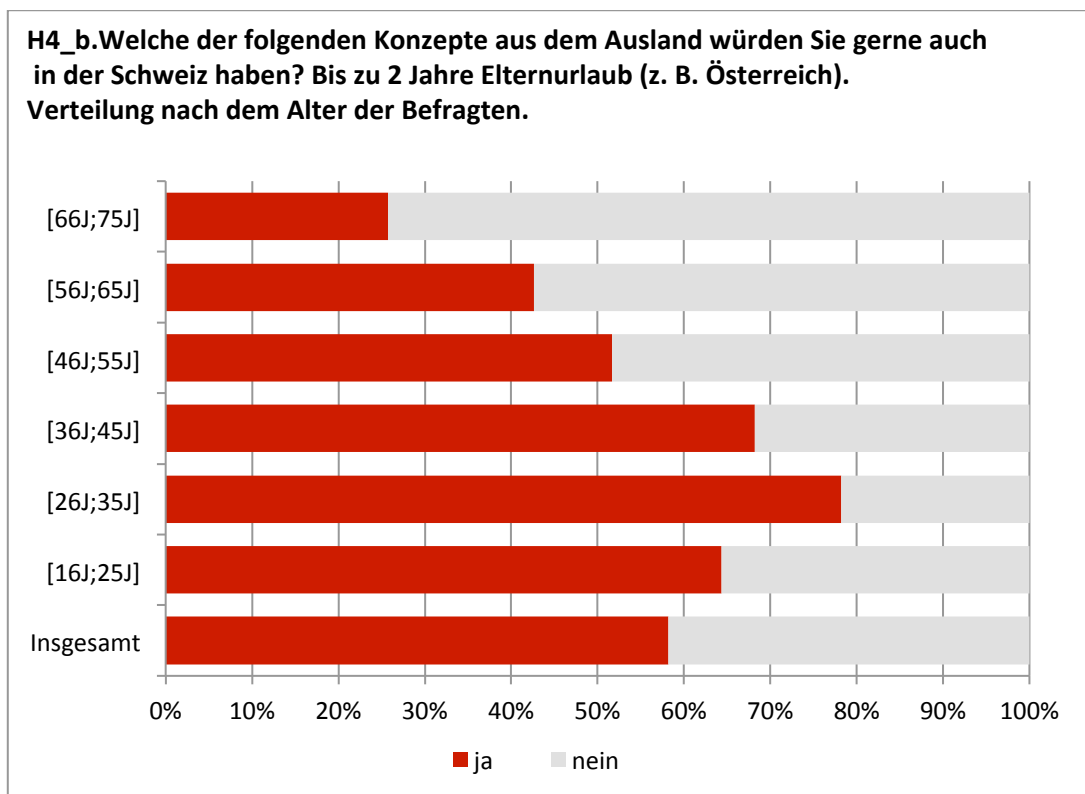
In den letzten Monaten und Jahren wurde in der Schweiz viel über den Stadt-Land-Gegensatz diskutiert und die Agglomeration als eigenständige Realität entdeckt (etwa im Zusammenhang mit der Diskussion über ›Dichtestress‹). Unsere Daten (H9) weisen auf eine gewisse Polarisierung hin, wenn es um den politischen Einfluss der Städte geht. So erhält der Vorschlag, die grossen Städte sollten in der Schweiz mehr Einfluss haben, in der Stadt 29.3 Prozent Zustimmung, in der Agglomeration 16.9 Prozent und auf dem Land 7.9 Prozent. Die Aussage, der grosse politische

Einfluss der kleinen Landkantone sei wichtig für den Zusammenhalt, wird in Stadt (20.1%) und Agglomeration (21.7%) weniger vorbehaltlos unterstützt als auf dem Land (33.6%), aber bei weitem nicht einfach brüsk zurückgewiesen. Dass eine Grossstadt wie Paris, Mailand oder Berlin nicht nur Schweiz passt, finden (»voll und ganz« oder zumindest »eher«) nicht nur 76.5 Prozent der Befragten auf dem Land, sondern auch 70.3 Prozent in der Agglomeration und immerhin 65.3 Prozent in der Stadt. Genau so sind sich die Befragten in Stadt, Land und Agglomeration weitgehend einig, dass der politische Einfluss der Kantone sowie der direkten Demokratie gestärkt werden soll, und dass die Abwanderung aus den Berggebieten mit Subventionen und lokaler Wirtschaftsförderung gestoppt werden soll. Selbst bei der Aussage, die Agglomerationen vereinten die Nachteile von Dörfern und Städten, ohne deren jeweilige Vorteile zu haben, mag sich keine richtige Polarisierung einstellen: In der Stadt stimmen zwar mehr Befragte voll und ganz zu als in der Agglomeration und auf dem Land (14.4% bzw. 8.6% bzw. 8.2%), und in der Agglomeration stimmen mehr Personen überhaupt nicht zu als in der Stadt und auf dem Land (11% bzw. 6.8% bzw. 5.8%), aber die grosse Mehrheit der Antworten verteilt sich auf die mittleren Optionen der »eher« oder »eher nicht«-Zustimmung. Es ist zwar nicht zu übersehen, dass eine gewisse Distanz zu allem Urbanen und Grossstädtischen weiterhin seinen festen Platz im schweizerischen Selbstverständnis hat. Ein Stadt-Land-Gegensatz wird in dieser Umfrage jedoch nur selten greifbar. Eher sind es graduelle Unterschiede, zum Beispiel wenn es um die Haltung zur Kunst (H16) geht (auf dem Land wird den Kunstschaaffenden weniger »Narrenfreiheit« zugestanden), oder um Hoffnungen und Sorgen (H19), welche die Zukunft betreffen und mit Themen wie technologischem Wandel, offenen Grenzen oder Vermischung der Kulturen verbunden sind: In der Stadt häufen sich eher die Hoffnungen, auf dem Land eher die Sorgen. Differenzen dieser Art sind auch im Zusammenhang mit sozialstrukturellen Variablen wie Alter (auf dem Land wurden mehr ältere Menschen befragt), Einkommen (Konzentration der tiefsten, aber auch der höchsten Einkommen in Stadt und Agglomeration), Bildung (auf dem Land leben vergleichsweise wenige Personen mit Hochschulabschluss) oder sozialen Netzwerken (in der Stadt geben mehr Befragte an, Freunde zu haben, die sich in Bezug auf Hautfarbe oder Nationalität von ihnen unterscheiden) zu sehen.

### **Ein zweijähriger Elternurlaub...**

Zu den überraschenden Ergebnissen dieser Volksbefragung zählt sicherlich die hohe Zustimmung zur Übernahme einiger ausgewählter »Konzepte« aus anderen Ländern (H4). Bis zu zwei Jahre Elternurlaub möchten 58.2 Prozent der Befragten auch in der Schweiz haben, die Frauenquote im öffentlichen Dienst findet eine hauchdünne Mehrheit (50.4%) und immerhin 48.3 Prozent sprechen sich für die Einführung der 35-Stunden-Woche nach französischem Vorbild aus. Weniger Zustimmung erhalten die Abschaffung von Geschwindigkeitsbegrenzungen auf der Autobahn (33.7%), die Bestimmung der Staatsbürgerschaft durch den Geburtsort (31.1%) oder eine Erhöhung der Geburtenrate (24.1%), während Vorschläge, die das Staatsverständnis im Kern treffen (ein mächtiger Staatspräsident: 13.7%; ein Königshaus: 6.9%) immerhin noch besser abschneiden als der Gedanke an eine helvetische Atombombe (3.5%). Vor dem Hintergrund der langen und schwierigen Geschichte der Einführung einer Mutterschaftsversicherung in der Schweiz ist insbesondere die Zustimmung zum zweijährigen Elternurlaub (H4\_b) ein Ergebnis, das in der politischen Diskussion Beachtung verdient. Wie zu erwarten war, zeigen sich diesbezüglich allerdings deutliche Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen der Bevölkerung: So haben sich 78.2 Prozent der 26-35jährigen dafür ausgesprochen, aber nur 51.6 Prozent der 46-55jährigen und 25.7 Prozent der 66-75jährigen. Noch deutlich mehr Zuspruch als unter den Eingeborenen (53.9%) findet dieses Konzept zudem bei den Eingebürgerten (64.1%) und den Zugewanderten aus Europa (72.3%). Und wenn es

stimmt, dass die Sympathie für den Elternurlaub etwas mit dem Parteizugehörigkeitsgefühl zu tun hat, so springt dennoch ins Auge, dass auch 49.4 Prozent derjenigen, die sich durch die FDP vertreten fühlen, sowie 50.9 Prozent derjenigen, die der SVP nahe stehen, ihre Zustimmung gegeben haben.

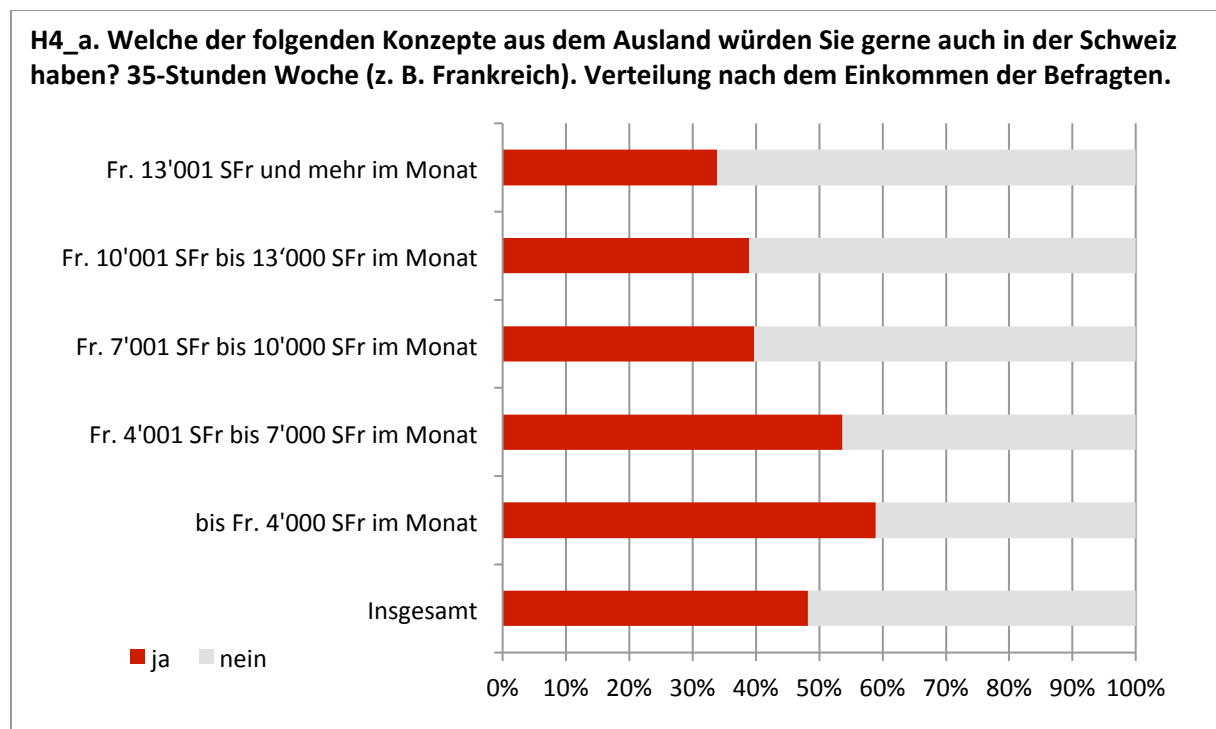


#### ... und die 35-Stunden-Woche

Während die Frauenquote vor allem einer starken parteipolitischen Polarisierung unterliegt, sind bei der 35-Stunden-Woche (H4\_a) deutliche Konfliktlinien nach Alter und Einkommen zu erkennen: Knapp 60 Prozent der 16-35jährigen sprechen sich dafür aus, doch fällt die Zustimmung bei den 66-75jährigen auf 15.7 Prozent. Und während 58.9 Prozent der Befragten aus Haushalten mit einem Einkommen von höchstens 4'000 Franken dem Konzept zustimmen, sinkt dieser Anteil in Haushalten mit 7001 bis 10'000 Franken auf 39.8 Prozent und in Haushalten mit einem Einkommen über 13'000 Franken auf 33.9 Prozent. Auch dies ist allerdings noch ein beachtlicher Wert, wenn wir bedenken, wie Frankreich im Allgemeinen und dessen Wirtschaftspolitik im Besonderen in der hiesigen Medienlandschaft als Inbegriff von Ineffizienz und politischem Versagen gebrandmarkt werden. Die 35-Stunden-Woche ist jene Frage, welche die stärksten Differenzen zwischen Einkommensklassen zu Tage treten lässt. Markant sind solche Unterschiede allerdings auch bei der Einschätzung, ob eine gerechtere Einkommensverteilung der Zusammenhalt in der Bevölkerung fördern würde: 47.1 Prozent der Personen in Haushalten mit höchstens 4'000 Franken Einkommen antworten mit »Ja sehr«, während dieser Anteil in den Haushalten mit 7'001 bis 10'000 Franken bei 28 Prozent und in den Haushalten mit über 13'000 Franken bei 20.0 Prozent liegt. Etwas geringer fallen die Unterschiede aus, wenn es um die Abschaffung der kantonalen Steuerunterschiede (H10\_c): geht (37.6% bzw. 28.7% bzw. 17.9%). Hingegen scheint ein breit geteilter Konsens in Bezug auf die Frage zu existieren, welche Berufsgruppen mehr oder weniger verdienen sollten (H12): Über 70 Prozent der Befragten sind der Meinung, Altenpfleger und Verkäuferinnen sollten mehr verdienen, während jeweils über 60 Prozent den Lehrerinnen, Künstlern und Hausärzten dasselbe Einkommen wie bisher



wünschen und jeweils eine Mehrheit bei Anwälten (52%), Managern (63.6%), Politikern (68.8%) und Fussballprofis (78%) den Rotstift ansetzen möchte.



### Sagt der Papst die Wahrheit?

Interessante, aber nicht ganz einfach zu interpretierende Ergebnisse fördert die ›Wahrheitsfrage‹ (H13) zu Tage. Papst Franziskus steht unangefochten an der Spitze: 22.5 Prozent der Befragten glauben ohne Einschränkung, dass er die Wahrheit sagt – ein Wert, den weder Bundesrätin Sommaruga (9.3%) noch Bundeskanzlerin Merkel (7.8%) oder Präsident Obama (7.1%) auch nur annähernd erreichen, von Roger Köppel (4.7%), Alexis Tsipras (3.3%) und Sepp Blatter (1.9%) ganz zu schweigen. Den gestandenen Regierungsmitgliedern Sommaruga, Merkel und Obama gestehen darüber hinaus immerhin gut 40 Prozent zu, dass sie ›eher‹ die Wahrheit sagen, während Tsipras oder Blatter auch diesbezüglich schlecht dastehen. Sagt die hohe Zustimmung für den Papst etwas über die Bedeutung der Religion für die Befragten aus? Zweifel sind angebracht, denn 82.9 Prozent stimmen der Aussage zu, Religion sei reine Privatsache (H15). Der Glaube an die päpstliche Wahrheit ist nicht nur bei älteren Personen ausgeprägter als bei jüngeren Menschen, sondern auch unter den Italienischsprechenden (34.7%) stärker als unter den Deutsch- und Französischsprachigen (20.2% bzw. 26.4%). Die Korrelation mit Parteizugehörigkeitsgefühlen ist beim Papst (im Gegensatz zu Simonetta Sommaruga oder Roger Köppel) nicht besonders stark. Überraschen mag, dass Hochschulabsolventen mehr als andere Befragte dazu neigen, dem Wort des Pontifex ohne Einschränkung Glauben zu schenken (30.3%). Zurückhaltend muss bei dieser Frage das gute Abschneiden des Philosophen Slavoj Žižek interpretiert werden, weil über die Hälfte der Befragten angibt, ihn gar nicht zu kennen.

### Frauenstimmrecht und Geschlechterdifferenzen

Als Gulliver die Besucherinnen und Besucher der Landesausstellung in Lausanne 1964 befragte (siehe dazu auch Point de Suisse 2014, Chronik und <http://www.pointdesuisse.ch/pds2014/>), hatten die Frauen in der Schweiz noch kein Stimm- und Wahlrecht. Verheiratete Frauen waren nur über ihre



Männer in der AHV versichert und durften keine Verträge unterzeichnen, ohne deren Zustimmung einzuholen. Dies erlaubte es den Männern beispielsweise, sie an der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zu hindern. Vor diesem Hintergrund mag es erstaunen, wie selbstverständlich das Frauenstimmrecht (H3) heute zum schweizerischen Selbstverständnis zu gehören scheint. Zwar existiert diesbezüglich eine gewisse Differenz zwischen den Geschlechtern (85.4 Prozent der Frauen und 74.5 Prozent der Männer erachten es als wichtig für das nationale Selbstverständnis), doch ist dieser Unterschied kleiner als bei der Heidi-Figur (70.1% vs. 54.7%) oder beim Reduit (25.9% vs. 47.5%). (Über die Hälfte der befragten Frauen geben an, das Reduit nicht zu kennen.) Zu den aktuell heiss diskutierten Lohnunterschieden (H12) zwischen den Geschlechtern wurden keine Fragen gestellt, aber es existieren einige Themenbereiche, in denen das Antwortverhalten deutlich geschlechterspezifische Züge aufweist. Es überrascht nicht, dass Frauen der Abschaffung von Geschwindigkeitsbegrenzungen (H4) weniger abgewinnen können als Männer (24.8% vs. 42.5%), dafür aber stärker die Frauenquote im öffentlichen Dienst unterstützen (58.3% vs. 42.5%) sowie dem zweijährigen Elternurlaub und der 35-Stunden-Woche besser gesinnt sind. In der Umweltpolitik glauben sie weniger als die Männer an rein technische Lösungen und sind eher bereit, persönlichen Verzicht und staatliche Regulierung zu akzeptieren. Beim Thema Kunst (H16) halten sie zwar an sich ebenso die Freiheit der Künstler als Grundrecht hoch, stimmen aber stärker als die Männer jenen Aussagen zu, die diese Freiheit in gewisser Hinsicht einschränken: Kunst darf kein Freipass für Pornographie sein (62.4% vs. 41% stimmen voll und ganz zu), Kunst darf nicht Gewalt verherrlichen oder ausführen (65.1% vs. 52.3%), oder Kunst darf keine religiösen Gefühle verletzen (38.3% vs. 29.9%). Zudem springt ins Auge, dass gewisse zukünftige Entwicklungen den Frauen deutlich grössere Sorge (H19) bereiten als den Männern (insbesondere Gentechnologie und die ›Verschmelzung von Mensch und Maschine‹).

### **Zwischen Glück und Sorge**

Ein Journalist betonte mit Blick auf die Ergebnisse zum Thema Hoffnung und Sorge (H19), er habe den Eindruck, in der Schweiz herrsche eine geradezu depressive Stimmung vor. In der Tat überwiegt in den Antworten nur bei einem der neun vorgegebenen Themen die Hoffnung im Vergleich zur Sorge: Die ›höhere Lebenserwartung‹ verbinden 53.2 Prozent der Befragten mit Hoffnung und 38.1 Prozent mit Sorge. Beim Thema ›Leben und Tod‹ geben sogar 74.6 Prozent an, ein hohes Alter zu erreichen sei heute schöner als früher. Bei zwei weiteren Themen, der ›Vermischung der Kulturen‹ (43.5% zu 46.8%) sowie dem ›ausserirdischen Leben‹ (28.9% zu 33.8%), halten sich Hoffnung und Sorge annähernd die Waage. Die weiteren Themen sind aber für zwei Drittel oder mehr der Befragten mit Sorge verbunden, und zwar in dieser Reihenfolge in steigendem Masse: ›Abschaffung des Bargelds‹, ›offene Staatsgrenzen‹, ›Verschmelzung von Mensch und Maschine‹, ›gentechnisch veränderte Pflanzen‹, ›Babies können nach Wunsch bestellt werden‹ und ›alle persönlichen Daten sind für Staat und Firmen einsehbar‹. Dabei fällt auf, dass bei all diesen Themen (mit Ausnahme der ›Abschaffung des Bargelds‹) mehr Befragte eine grosse als eine geringe Sorge angeben, mit einem Höhepunkt bei der Einsicht in persönliche Daten (für 58.9% der Befragten eine grosse Sorge).

Wie passen diese roten Lämpchen auf dem Sorgenbarometer zum Ergebnis der Point de Suisse-Umfrage von 2014, 22.4 Prozent der Befragten seien ›sehr glücklich‹ und 54 Prozent ›eher glücklich‹ (2014: H21)? Schwanken die Bewohnerinnen und Bewohner dieses Landes kollektiv im Gleichtakt zwischen Glücks- und Verzweiflungszuständen, so dass sich die meisten 2014 glücklich und 2015 unglücklich fühlen? Sind Einzelereignisse wie der ›Frankenschock‹ vom Februar 2015 für eine gedrückte Stimmung verantwortlich? Oder handelt es sich bei der Frage nach dem Glück auf der

einen und nach Hoffnung und Sorge auf der anderen Seite um zwei ganz verschiedene Fragen, so dass die Ergebnisse gar nicht miteinander verglichen werden können? Die letztgenannte Interpretation hat Einiges für sich, können wir doch vermuten, dass die Befragten bei der Frage nach dem Glück an ihr individuelles Leben denken, bei den Hoffnungs- und Sorgethemen aber stärker an das gemeinsame Schicksal der Bevölkerung sowie an Entwicklungen, auf die sie als Einzelne kaum Einfluss nehmen können. Vielleicht schwingt in der grossen Kluft zwischen Glück und Sorge aber auch heute noch etwas von dem mit, was Luc Boltanski vor einem halben Jahrhundert als das »Schweizer Leid« (»le mal suisse«) beschrieben hat: Das Bewusstsein, angesichts der objektiv privilegierten Lebensumstände als Schweizer oder Schweizerin von den anderen Menschen nicht geliebt zu werden. Sowie das Pflichtgefühl, sich als Bewohnerin oder Bewohner eines der »reichsten Länder der Welt« glücklich zu fühlen oder sich zumindest als glücklich zu bezeichnen, weil alles andere entweder als Frechheit oder – schlimmer noch – als individuelles Versagen ausgelegt werden könnte.

### **Wünsche für die Zukunft**

Was wünschen die Befragten der Schweiz in den kommenden 20 Jahren (H20)? Selbstverständlich gehen die Antworten auf diese offene Frage weit auseinander. Gewisse Themen werden allerdings so oft angesprochen, dass es sich um einen deutlichen Fingerzeig darauf handelt, was die Menschen bewegt. Das gilt für das Thema der Unabhängigkeit und Neutralität (nur kein EU-Beitritt, so der Tenor zahlreicher Antworten...) ebenso wie für den Wunsch nach Frieden und Wohlstand, nach mehr Arbeitsplätzen und einem guten Gang der Wirtschaft. Die Polarisierung in Migrationsfragen ist deutlich erkennbar, teilweise in offen rassistischen Formulierungen, aber auch im oft geäusserten Wunsch nach mehr Offenheit und einem Ende der Fremdenfeindlichkeit. Dem Wunsch, »dass die Schweiz so wird wie früher: keine Ausländer und Migranten und Flüchtlinge und Sozialbetrüger etc.« steht der Wunsch gegenüber, »dass sie offener wird für alle Menschen und der Rassismus endlich verschwindet«. An Stelle eines Schlussworts zitieren wir hier einige überhaupt nicht repräsentative Antworten. Zwei davon stammen aus der Romandie, wir haben sie auf Deutsch übersetzt: Die Schweiz soll »nicht mehr Angst haben zu sein, was sie ist«, so ein Wunsch. Sie soll aber auch »aufhören, sich für das beste Land der Welt zu halten«, so ein anderer Wunsch. Schliesslich wünscht jemand der Schweiz einfach »Spas«, derweil eine andere Stimme etwas ganz Anderes für notwendig hält: »Zerfall des Systems und Neubeginn«...